



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Vom Reformmodell zur modernen Universität**

**Rimbach, Gerhard**

**Düsseldorf, 1992**

9.2.1.2 Konflikte

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8287**

Programm 1975<sup>11</sup> noch eine Universität mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt vor, aber nur hier mit besonderer Betonung der Naturwissenschaften. Im Laufe der weiteren Diskussion in den beiden folgenden Jahren entschloß sich die Landesregierung dann, eine Gesamthochschule zu errichten mit sechs integrierten Studiengängen (Bauingenieurwesen, Chemie, Maschinenbau, Mathematik, Physik und Wirtschaftswissenschaften) als Kernstück.

Die in Essen zu leistende Zusammenführung der vorhandenen Einrichtungen war deshalb singulär, weil nur dort eine universitäre Einrichtung, das Klinikum, in eine Gesamthochschule überführt werden sollte. Aufgrund dieser Ausgangslage diskutierte der Gründungssenat bereits im November 1972 Bezeichnungen wie "Universität Essen-Gesamthochschule" und das Kuratorium plädierte wenig später (Januar 1973) bereits für den Namen "Universität Essen". Weil der Wissenschaftsminister an der Bezeichnung "Gesamthochschule" festhielt, kam es deshalb Anfang 1973 zu heftigen Protesten, besonders der Vertreter medizinischer Fachbereiche<sup>12</sup> im Gründungssenat. Die Anhänger der Bezeichnung "Universität" wollten durch die Namensgebung den Status eindeutig geklärt wissen.

### 9.2.1.2 Konflikte

Die Forderung nach Unabhängigkeit vom Gründungssenat wurde von den Medizinprofessoren bei der Besetzung medizinischer Hochschullehrerstellen erhoben. Auch die Mitarbeit der Vertreter medizinischer Fachbereiche in einem Ausschuß "Humanbiologie", der einen entsprechenden Studiengang vorbereiten sollte, wurde abgelehnt, so daß der Plan scheiterte. Anfang 1974 eskalierte der Konflikt mit dem Klinikum. Der Senat sprach dem aus dem Klinikum kommenden Konrektor das Mißtrauen aus, worauf dieser zurücktrat. Der damalige Essener Bundestagsabgeordnete Reuschenbach wandte sich an den Wissenschaftsminister Rau und bat ihn, zu dem Versuch des Klinikums, sich aus der Gesamthochschule zurückzuziehen, eindeutig Stellung zu nehmen. Dieser bestätigte daraufhin, daß das Klinikum Teil der Gesamthochschule bleibe.

Auslöser des Konflikts war die "Professorierung" des Fachhochschullehrer Ende Dezember 1973 und ihre Zuordnung zur Gruppe der Professoren. Unter diesen Umständen seien die Mediziner nur zu kooperativer Mitarbeit, aber nicht zur Integration bereit. Anderenfalls wollte man aus der Gesamthochschule ausscheiden. Das Konzept der Gesamthochschule sei weitgehend ideologisch bestimmt und deshalb für die Medizin nicht akzeptabel. Auf der einen Seite habe man dem Klinikum die Erhaltung des universitären Status versprochen, den Fachhochschullehrern aber die volle Integration in eine Bildungseinrichtung universitären Charakters

<sup>11</sup> Dort heißt es auf S. 68: "Die in Essen zu gründende Universität wird ihren Schwerpunkt in Naturwissenschaft und Medizin haben. Bei der Planung ist von vornherein zu berücksichtigen, daß die in Essen vorhandenen Einrichtungen der Lehrerausbildung gleichzeitig mit der Errichtung der Universitäten mit erziehungswissenschaftlichen Schwerpunkten in anderen Städten Universitätsrang erhalten und in schrittweise zu intensivierender Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen das Modell einer Gesamthochschule im Verbund mit der Ruhruniversität Bochum zu verwirklichen ist". Das sich im Verlauf der weiteren Diskussionen durchsetzende Konzept einer integrierten Gesamthochschule war im Vergleich mit dem ursprünglichen Vorhaben bildungspolitisch und strukturell wesentlich erfolgsversprechender, da der Lehrermangel bald in einen Überschuß umschlug und keine dezentrale Großorganisation entstand.

<sup>12</sup> Die beiden Fachbereiche für theoretische und praktische Medizin wurden später in einem Fachbereich zusammengefaßt.



zugesagt. Eine derartige Doppelbödigkeit bliebe als ständiger Störfaktor systembedingt in das Konzept eingebaut. Der sich trotz zahlreicher Gespräche und Vermittlungsversuche hinziehende Konflikt führte dazu, daß erst Ende September 1975 ein Konrektor für Forschung, der satzungsgemäß dem Klinikum angehören mußte, zu gewinnen war. Dieser machte bei seiner Wahlannahme seine Mitarbeit davon abhängig, daß die Universität Essen-Gesamthochschule "den übrigen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland in Lehre, Forschung und Krankenversorgung mindestens gleichwertig ist".<sup>13</sup> Damit war der Höhepunkt der Auseinandersetzungen überschritten. Die Folgezeit war zwar nicht frei von Konflikten, jedoch wuchs allmählich die Bereitschaft zur erforderlichen Zusammenarbeit. Die im Laufe der 80er Jahre stattfindende weitgehende Anpassung der Gesamthochschulen an das universitäre Vorbild machte es möglich, daß Ende der 80er Jahre Prof. Dr. Streffer, ein Mitglied des medizinischen Fachbereichs, Rektor wurde.

Das 1963 aus den Städtischen Krankenanstalten hervorgegangene Klinikum bildete Medizinstudierende in der zweiten Phase aus; es hatte bei Errichtung der Gesamthochschule bereits wissenschaftliche Anerkennung durch Erfolge in der Forschung - besonders in der Tumorforschung - aufzuweisen. Durch Eingliederung in das Reformmodell Gesamthochschule sahen die Mediziner ihren wissenschaftlichen Rang gefährdet und befürchteten eine Minderung professoralen Einflusses. Die Zusammenführung mit einer Einrichtung, der Fachhochschule, die erst ein Jahr vorher in den Hochschulbereich überführt worden war, nunmehr als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren, fiel den standesbewußten Medizinern schwer. Ihre Eingliederung in die Gesamthochschule durch den Gesetzgeber bedeutete die Trennung von der Universität Bochum, deren Abteilungen für Theoretische und Praktische Medizin sie vorher angehörten. Diese Umorganisation wurde als Abwertung empfunden und machte den dagegen aufkommenden Widerstand verstehbar.

Neben diesem sich weitgehend gegen die Ziele der Gesamthochschule richtenden Konflikt durchzog ein zweiter mit unterschiedlicher Intensität die Gründungsphase, der vor allem zwischen Rektorat und dem politisch dominierenden, linksorientierten Teil der Studentenschaft ausgetragen wurde. Diesem ging die Reform nicht weit genug. Der Versuch, ihre Intentionen durchzusetzen, mußte auf den Widerstand des Rektorats stoßen, zumindest wenn Handlungen oder Beschlüsse der Studentenschaft rechtswidrig waren. Die Konflikte mit dem Rektorat - mit dem Rektor als Zielscheibe - wurden ausgelöst durch:

- die Inanspruchnahme des allgemeinpolitischen Mandats,
- nicht genehmigungsfähige Satzungen und Wahlordnungen,
- Wahlen aufgrund rechtswidriger Wahlordnungen,
- rechtswidrige Besetzung von Räumen u. Häusern,
- Vorlesungsboykott,
- Erzwingenwollen von Diskussionen und das Aufstellen von Büchertischen ohne Genehmigung.

Bei Studentenschaftswahlen lag in der Regel die Wahlbeteiligung anfangs bei 30% und später weit darunter. Dieses Desinteresse förderte den Einfluß radikaler Gruppen, die während

<sup>13</sup> Der Rektor (Hrsg.): Universität Essen-Gesamthochschule, 1972- Leistungen - 1982, Texte zu zehn Gründungsjahren, Schriften und Berichte Band 3, Essen, WS 1982/83, S. 102.



der gesamten Gründungszeit dominierten. Da gelegentlich der Gründungssenat mehrheitlich auf der Seite der Studentenschaft stand, hatte es das Rektorat schwer, seinen Rechtsstandpunkt durchzusetzen, da es daran interessiert war, eine unnötige Eskalierung der Konflikte zu vermeiden, aber gleichzeitig Rechtsverletzungen zu verhindern oder abzustellen. So war der Gründungssenat mehrheitlich der Auffassung, eine Abgrenzung zwischen allgemeinpolitischen und hochschulpolitischen Mandat sei überhaupt nicht möglich, denn die Hochschule sei ein Teil der Gesellschaft mit allen Abhängigkeiten, Berührungspunkten und Beziehungen.<sup>14</sup> Deshalb müsse der Studentenschaft das allgemeinpolitische Mandat gesetzlich zugebilligt werden. Infolge der Rechtslage mußte das Rektorat jedoch eine Grenzziehung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Problemen vornehmen, um seiner Rechtsaufsichtspflicht nachzukommen.

Mit unterschiedlichen Aktionen versuchte die Studentenschaft, ihre Ziele durchzusetzen. Soweit dabei die Verschlechterung der Studienbedingungen im Mittelpunkt standen, wie Raummangel, Haushaltsengpässe, Kürzungen beim BAföG, Einstellung von Studiengängen und Stellenabsetzungen, fanden sie breite Unterstützung bei anderen Hochschulmitgliedern. Zur Konfrontation mit dem Rektorat kam es immer dann, wenn illegale Mittel eingesetzt werden sollten oder tatsächlich verwendet wurden. So mußten mehrfach nach rechtswidrigen Wahlen die illegal besetzten Räume der Studentenschaft durch die Hochschulleitung geräumt werden. Es überrascht nicht, wenn Nuissel in einer Untersuchung über das Image der Hochschule zu dem Ergebnis kam, im Grunde habe die "Universität Essen-Gesamthochschule überhaupt kein Image ... Wo sich Ansätze zu einer Imagebildung zeigten, wurde als hervorstechendste Eigenschaft 'zerstritten' genannt - ein Ergebnis der teilweise in die Öffentlichkeit getragenen hochschulpolitischen und statusrechtlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Hochschule".<sup>15</sup> Nur wenn ein Grundkonsens aller Hochschulangehörigen über die gemeinsam zu verfolgenden Ziele existiere, könne ein Image entstehen. Dieser Grundkonsens stellte sich im Laufe der 80er Jahre zunehmend ein, nachdem die hochschulpolitische Polarisierung zurückging. Das Ansehen einer Hochschule hängt von den Leistungen in Forschung, Studium und Lehre ab, das sich - weniger spektakulär - seit den siebziger Jahren verbessert hat.

Insgesamt dürfte an keiner der übrigen vier Gesamthochschulen aufgrund hochschulpolitisch kontroverser Positionen über Ziele und Funktion der Gesamthochschule sowie wegen der gesetzlich verordneten Einbeziehung des Klinikums mehr Konflikte ausgetragen worden sein als in Essen. Wenn trotzdem während der Gründungsdekade vielfältig anerkannte Forschung geleistet sowie Studium und Lehre durch besonders rasch wachsende Studierendenzahlen bestätigt wurden, so kann in der Retrospektive festgestellt werden, daß die Konflikte zwar vorübergehend kräftezehrend gewesen sein mögen, aber da diese tatsächlich ausgetragen wurden, konnten durch tragfähige Kompromisse und Überzeugungsarbeit auch konzeptionelle Klarheit entstehen.

<sup>14</sup> Schriften und Berichte, Band 3, S. 119. Sitzung des Gründungssenats am 22.6.77.

<sup>15</sup> Nuissel, Hans: Die Uni Essen hat kein Image oder wie steigert man das Ansehen einer Hochschule, in: Hochschuljournal Essen, Nr. 25-26/1981, S. 20 f.